



Protokoll

der Bezirkskonferenz am Dienstag, dem 13. Juni 2017,
in 38690 Goslar-Vienenburg, Bahnhofstraße 8 (Kaisersaal des historischen Bahnhofs Vienenburg).

Beginn: 10.31 Uhr, Ende: 14.32 Uhr

Teilnehmer: s. Anwesenheitsliste

TOP 1 – Eröffnung und Begrüßung

Wolfgang Welge eröffnete die 14. ordentliche Bezirkskonferenz und begrüßte die Delegierten, Ersatzdelegierten und Gäste sowie die Referentin des Tages, Frau Dr. Carola Reimann, MdB.

Außerdem begrüßte er den bisherigen Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der AG 60 plus, Norwin Dorn, und seinen Nachfolger Wilfried Riß.

Er übermittelte Grüße von Hubertus Heil, der uns eine erfolgreiche Tagung wünsche, selbst aber wegen seiner Verpflichtung aus der ihm vorläufig übertragenen Aufgabe als Generalsekretär gehindert ist, an der Versammlung teilzunehmen. Er stellte fest, das fristgerecht eingeladen wurde, und zur Beschlussfähigkeit verwies er auf die zu dem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossene Erhebung der Mandatsprüfungskommission.

TOP 2 – Totenehrung

Wir mussten im Berichtszeitraum von vielen liebenswerten Menschen Abschied nehmen.

Wir gedachten in Ehrfurcht der verstorbenen Genossinnen und Genossen, die uns oft unerwartet verlassen und große Lücken hinterlassen haben.

Stellvertretend für alle Verstorbenen nannte Wolfgang Welge die Namen:

Helmut Behrens, Wolfsburg, Erich Dannheim, Isenbüttel, Alexander Gräbner, Braunschweig, Horst Hartmann, Vechelde, Alfred Hiller, Schöningen, Gerd Kühne, Peine/Dungelbeck, Uwe-Karl Mühlner, Goslar, Georg Obst, Salzgitter, Manfred Reese, Braunschweig, Otto Sandte, Wolfenbüttel, Dieter Thiele, Schöningen und Günter Wiemann, Braunschweig.

Sie alle waren Mitstreiter und treue Anhänger unserer Partei.

Sie waren treue Weggefährten. Sie dienten der sozialen Gerechtigkeit, dem Frieden, der Freiheit, der großen Familie der Sozialdemokratie.

Sie bleiben uns eine verpflichtende Erinnerung. Ihr Wirken ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, uns in ihrem Sinne für die Belange der älteren Generation einzusetzen.

Wenn die Sonne des Lebens untergeht, leuchten die Sterne der Erinnerung!

Gemeinsam legten wir eine Gedenkminute ein.

TOP 3 – Genehmigung der Tages- und Geschäftsordnung

Der Vorstand schlug vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zu tauschen.

Dem stimmten die Versammlungsteilnehmer einstimmig zu.

Die Geschäftsordnung wurde einstimmig genehmigt.

TOP 4 – Konstituierung der Konferenz

1. Konferenzleitung

Uwe Kunkel, UB Gifhorn, Matthias Wehrmeyer, UB Peine, und
Hans-Hermann Deter, UB Peine, für das Protokoll

2. Mandatsprüfungskommission

Kommission I: Wolfgang Korsch, UB Gifhorn, Peter Reinecke, UB Goslar

Kommission II: Werner Müller, UB Salzgitter, Walter Stahlhut, UB Wolfsburg

3. Wahl der Wahlkommissionen

Kommission I: Gerhard Wantzelius, UB Braunschweig, Willi Ebermann, UB Peine, Ursula Heimann, UB Gifhorn
Kommission II: Heidemarie Burghaus, UB Braunschweig, Kurt Gilgen, UB Peine, Renate Knop, UB Gifhorn

4. Bestätigung der Antragskommission

Jürgen Beckmann, UB Gifhorn, Holger Stormowski, UB Salzgitter und Volker Taube, UB Goslar

Aus der Versammlung wurden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche für die Konferenzleitung und die Kommissionen geäußert. Konferenzleitung und alle Kommissionen wurden einstimmig gewählt bzw. bestätigt.

TOP 5- Referat MdB Dr. Carola Reimann „Rente für ein gutes Leben – eine zukunftsfeste Alterssicherung“

Carola Reimann begann mit der Feststellung, dass die SPD bereits in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode das erste Rentenkonzept vorgelegt habe. Sie behandelte die aus ihrer Sicht wichtigsten Komplexe Mütterrente, „Rente mit 63“, Erwerbsminderungsrente und das Rehabilitationspaket sowie die Anpassung der Renten in Ost und West. Man könne sich an vielen Stellen höhere Leistungen wünschen und fordern. Es gebe aber erhebliche Schwierigkeiten, eine gemeinsame Linie bzw. Position mit der CDU zu erreichen. Das liege auch daran, dass der Koalitionspartner eher auf private Versicherungen setze. Allerdings werde auch häufig über Eckpunkte diskutiert und gestritten, die nicht mit der Lebensrealität übereinstimmen. Das führe immer wieder zu Missverständnissen und in der Folge zur Unzufriedenheit mit den „Politikern“. Weil die Altersarmut nicht erst mit 65 Jahren einsetzt, sondern im Verlauf des Erwerbslebens entsteht, erhob sie die Forderung nach „ordentlichen“ Löhnen. Insbesondere im Interesse der Frauen müsse die tragische Kette, nach der Mutterpause nur Teilzeit-Jobs zu bekommen und dort nicht wieder herauszukommen, beseitigt werden. Arbeitgeber hätten häufig kein Interesse an einer Veränderung. Mit vielen Teilzeitkräften und geringfügig Beschäftigten lassen sich Arbeitsabläufe flexibler organisieren.

Die Referentin nannte die Gebührenfreiheit der gesamten Bildungskette und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie als elementare Forderungen.

In der Diskussion wurden Fragen behandelt, warum Rentner für ihre Rente Steuern bezahlen müssen, und dass es keinen Hinweis darauf gibt, wie sicher die Rente tatsächlich ist. Sie stellte heraus, dass die heutige Rechtslage die Folge einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist. Für sie ist es wichtig, dass Verlässlichkeit besteht und versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen. Carola Reimann plädierte für die Einführung einer gesetzlichen Pflichtversicherung für alle, im Gegensatz zu einer Pflicht zur Versicherung, die es ermöglicht, bei privaten Anbietern einen Vertrag zu schließen, was eher die Vorstellung der CDU ist. Insofern setzte die große Koalition bisher auch in diesem Bereich Grenzen.

Wolfgang Welge verabschiedete Carola Reimann mit einem herzlichen Dank und einer kleinen Süßigkeit aus dem Peiner Land.

TOP 6 – Grußworte

Landrat Thomas Brych leitete ein mit der Erklärung, dass sein Vater Bergmann war, und er deshalb in einer Familie aufwuchs, in der man obligatorisch Mitglied einer Gewerkschaft und der SPD war.

Er beschrieb die Situation in der Fremdenverkehrsregion Harz und dem Handwerk.

Es sei gelungen, 25 Mio. € Fördermittel zu generieren. Das ist ein wesentlich höherer Teil als anderen Landkreisen im Bezirk Braunschweig zur Verfügung stand.

Mobilität ist eine große Herausforderung im Landkreis. Es würden z. Z. anderer Konzepte mit kleineren Fahrzeugen und dem Verzicht auf einen Fahrplan geprüft, um trotz und wegen der geringen Fahrgastzahlen ein angemessenes Angebot machen zu können.

2016 betrug das Haushaltsdefizit rd. 4 Mio. €. 2017 hofft er auf einen ausgeglichener Haushalt.

Zum Schluss seines Grußworte ging er auf den vorliegenden Antrag zur Versorgung von Wahlbeamten ein und stellte fest, dass man auch anderer Meinung sein könne, als in dem Schriftsatz gefordert.

Reiner Langwald stellte sich als neuer Vorsitzender der AG 60 plus im Unterbezirk Goslar vor und überbrachte die Grüße der verhinderten UB-Vorsitzenden. Er beschrieb den neuen Weg der „wieder aktivierten“ AG 60 plus im UB Goslar und das Ziel, das Potential der AG 60 plus besser für die Partei nutzbar zu machen.

Als Mitglied der Bezirksvorstandes der Braunschweiger SPD forderte **Matthias Wehrmeyer** mehr Aktivitäten wegen der gemeinsamen Verantwortung aller Mitglieder in der Partei ein. Er überbrachte die Grüße des Bezirksvorstandes und ins-

besondere von Hubertus Heil. Auf das Grußwort des Landrates eingehend, beschrieb er auf seine launische Art die persönlichen Erinnerungen an den Fremdenverkehr im Harz und die inzwischen geänderte Einstellung der Bewohner. Auch er ging kurz auf den Antrag zur Versorgung der Wahlbeamten ein und behandelte die Chancen einer Ersatzbiografie für Politiker. Politik zur Schaffung einer eigenen Altersversorgung ist aus seiner Sicht allerdings keine akzeptable Alternative.

TOP 7 – Bericht der Mandatsprüfungskommission

Eingeladen waren 66 Delegierten und Delegierte
anwesend waren 59 Delegierten und Delegierte
davon 25 Frauen (= 42,4 %)

TOP 8 – Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Der Rechenschaftsbericht wurde mit der Einladung zur Bezirkskonferenz versandt. Er lag jeder Delegierten und jedem Delegierten rechtzeitig vor. Wolfgang Welge wies auf den Grund für die verkürzte Wahlperiode hin und bedankte sich bei den Vertretern der Unterbezirke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

TOP 9 – Aussprache zum Rechenschaftsbericht, Entlastung des Vorstandes

Es gab keine Nachfragen und keinen Bedarf zur Aussprache. Auf Antrag des Präsidiums erteilten die Versammlungsteilnehmer dem Vorstand einstimmig Entlastung.

TOP 10 – Beschluss über die Anzahl der weiteren stimmberechtigten Mitglieder im neu zu wählenden Bezirksvorstand

Die Versammlung beschloss einstimmig 13 weitere stimmberechtigte Mitglieder für den Bezirksvorstand.

TOP 11 – Wahl

1. einer/eines Bezirksvorsitzenden

Wahlberechtigte: 59 abgegebene Stimmzettel: 58 ungültige Stimmzettel: 0
Es entfielen auf
Wolfgang Welge 58 Stimmen

2. zweier Stellvertreter/Stellvertreterinnen

Wahlberechtigte: 59 abgegebene Stimmzettel: 57 ungültige Stimmzettel: 0
Es entfielen auf
Elke Streckfuß 53 Stimmen
Volker Taube 54 Stimmen

3. einer Schriftführer/eines Schriftführers

Wahlberechtigte: 59 abgegebene Stimmzettel: 58 ungültige Stimmzettel: 0
Es entfielen auf
Hans-Hermann Deter 58 Stimmen

4. von weiteren stimmberechtigten Mitgliedern

Wahlberechtigte: 59 abgegebene Stimmzettel: 59 ungültige Stimmzettel: 0
Es entfielen auf

Wolfgang Bähr, UB Goslar	58	Uwe Kunkel, UB Gifhorn	58
Christian Berger, UB Helmstedt	58	Dorothea Lücht, UB Helmstedt	57
Barbara Fliegner-Lühr, UB Wolfsburg	57	Sabine Pesditscheck, UB Braunschweig	59
Rainer Knop, UB Gifhorn	58	Jürgen Rump, UB Peine	57
Dieter Kömpel, UB Salzgitter	59	Walter Stalhut, UB Wolfsburg	58
Manfred Künne, UB Wolfenbüttel	59	Hans-Dieter Wiegand, UB Salzgitter	59
Bernd Söchtig, UB Wolfenbüttel	58		

Damit sind alle als weitere stimmberechtigte Mitglieder des Bezirksvorstandes gewählt.

Alle gewählten Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl an.

TOP 12 – Weitere Grußworte

Norwin Dorn fühlt sich dem Bezirk Braunschweig freundschaftlich verbunden. Er beschrieb die Entstehung der Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband Sachsen-Anhalt und dem Bezirk Braunschweig und verabschiedete sich mit einem „Schulderlass“ des Bezirksvorstandes für die abgelaufene Wahlperiode sowie einem süßen Geschenk aus Halle. Wolfgang Welge verabschiedete ihn seinerseits anschließend mit einem Dank für seine Arbeit in der AG 60 plus bis in den Bundesvorstand, einem Buch von Hubertus Heil und einen Braunschweiger Spezialitätenkoffer.

TOP 13 – Wahl von fünf Delegierten und den Ersatzdelegierten zur Bundeskonferenz am 4./5. Oktober in Wolfsburg

Wahlberechtigte: 59 abgegebene Stimmzettel: 59 ungültige Stimmzettel: 0

Es entfielen auf

Christian Berger, UB Helmstedt	28
Hans-Hermann Deter, UB Peine	41
Barbara Fliegner-Lühr, UB Wolfsburg	41
Rainer Knop, UB Gifhorn	16
Dieter Kömpel, UB Salzgitter	23
Manfred Künne, UB Wolfenbüttel	9
Rainer Langwald, UB Goslar	20
Wolfgang Welge, UB Peine	48

Damit sind Christian Berger, Hans-Hermann Deter, Barbara Fliegner-Lühr, Dieter Kömpel und Wolfgang Welge Delegierte zur Bundeskonferenz 2017.

Ersatzdelegierte sind in der Reihenfolge der Stimmen Reiner Langwald, Rainer Knop und Manfred Künne.

TOP 14 – Beratung der eingereichten Anträge

Antrag 1: Änderung des Versorgungsrechts für kommunale Wahlbeamte

Wolfgang Welge trug den Inhalt des Antrags vor, verglich ihn mit der Rentendiskussion und bat um Zustimmung.

Volker Taube trug für die Antragskommission vor, dass man fachlichen Rat eingeholt habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass der Zeitpunkt des Antrags in dem jetzt beginnenden Wahlkampf unangemessen ist und schlug deshalb vorläufige Nichtbefassung vor.

Dem Vorschlag der Antragskommission folgend wurde bei 8 Gegenstimmen die Befassung verschoben.

Antrag 2: Wohnen und Bewegen im Quartier

Holger Stormowski schlug für die Antragskommission die Annahme des Antrages vor.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Antrag 3: Bundestagswahl 2017

Reiner Langwald brachte den Initiativantrag des UB Goslar ein. Weil es offensichtlich Kommunikationsprobleme zwischen Bürgern und Politikern gibt, wurde eine Liste von Forderungen an den Bundestagswahlkampf der SPD erstellt. Der Antrag ist von 15 Genossinnen und Genossen aus sieben Unterbezirken unterschrieben. Damit ist die Mindestforderung nach Nr. 7 der unter TOP 3 verabschiedeten Geschäftsordnung erfüllt und zulässig.

Jürgen Beckmann schlug für die Antragskommission redaktionelle Änderungen vor. Mit diesen Änderungen beschloss die Konferenz den Antrag einstimmig.

Alle Anträge befinden sich als Anlagen bei diesem Protokoll- Antrag 3 in der geänderten Fassung.

TOP 15 – Verschiedenes

Ein Genosse kritisierte, dass so wenige Frauen als Kandidaten für den Vorstand zur Verfügung standen.

Matthias Wehrmeyer berichtete zur Information über den Inhalt seines Telefonats mit der Sozialministerin wegen einer Entschädigung für Menschen, die zwischen 1949 und 1976 in psychiatrischen Einrichtungen geschädigt oder sogar miss-handelt wurden.

TOP 16 – Schlusswort

Vor seinem Schlusswort überreichte Wolfgang Welge Blumensträuße an die Damen im neuen Bezirksvorstand.

Er bedankte sich bei allen für ihre Teilnahme und bei den Aktiven für ihre Beiträge, insbesondere bei den Kommissionen und beim Präsidium.

Er wünschte sich einen aktiven Vorstand, die die AG 60 plus im Bezirk Braunschweig wieder etwas nach vorne bringt. Er hofft und wünschte sich, dass die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Landesverband Sachsen-Anhalt fortgesetzt werden kann.

Uns allen wünschte er eine weiterhin starke AG 60 plus, die sich im Willy-Brandt-Haus in Berlin einbringt und Gehör findet. Dazu braucht es bei der nächsten Bundeskonferenz am 4. und 5. Oktober 2017 einen starken Vorstand, hoffentlich mit einem niedersächsischen Vertreter.

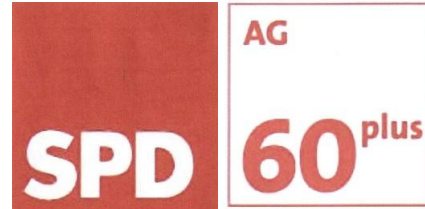
Wir alle wollen, dass Martin Schulz der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird und Stephan Weil unser Ministerpräsident bleibt.

Er schloss diese 14. Bezirkskonferenz mit seinem Wunsch eines unfallfreien Heimweges für alle.

Hans-Hermann Deter

Schriftführer

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Bezirk Braunschweig
-Arbeitsgemeinschaft 60 plus-



Die Bezirkskonferenz 2017 wird gebeten, nachstehenden Antrag zu beschließen:

Änderung des Versorgungsrechts für kommunale Wahlbeamte

Wir fordern den niedersächsischen Landtag und die niedersächsische Landesregierung auf, zügig eine Änderung des Versorgungsrechts der kommunalen Wahlbeamten herbeizuführen. Dazu gehören u.a.:

1. Bürgermeister und Landräte sollten mindestens drei Amtsperioden erfüllt haben, um ruhegehaltsberechtigt zu sein.
Sie sollten sich - anders als heute - der Wiederwahl stellen müssen,
2. die Einführung von Altersgrenzen als Voraussetzung für den Eintritt in den Ruhestand,
3. die Absenkung der Ruhegehaltssätze, u.a. durch den Verzicht auf die besondere Ruhegehaltsskala für Beamte auf Zeit,
4. eine schärfere Anrechnung von privaten Erwerbseinkommen auf das Ruhegehalt,
5. die Einführung einer Mindestamtszeit von zwei Jahren, um im Falle einer Abwahl erhöhte Versorgungsansprüche zu erzielen. Die erhöhte Versorgung selbst ist grundsätzlich auf maximal drei statt bisher fünf Jahre zu begrenzen. Die Zeit der erhöhten Versorgung darf nicht als ruhegehaltstfähige Dienstzeit angerechnet werden.

Begründung

In Niedersachsen leben rd. 1,3 Mio. Menschen unterhalb der sog. Armutsgrenze. Innerhalb der SPD, aber auch in einigen Bereichen des öffentlichen Lebens (Gewerkschaften, SoVD usw.) wird seit geraumer Zeit für einen Kurswechsel bei den Renten gekämpft und gestritten.

Wir als AG 60 plus fordern eine Rentenpolitik, die den Lebensstandard im Alter sichert. Eine Senkung des Rentenniveaus von heute knapp 50 auf unter 43 Prozent ist nicht verantwortbar und mit uns nicht zu machen.

Ganz anders sieht es dagegen bei der Versorgung der niedersächsischen Hauptverwaltungsbeamten/innen (Bürgermeister, Landräte, Dezernenten) aus. Bei dem hier in Rede stehenden Personenkreis handelt es sich um eine überschaubare Zahl von Betroffenen, die für eine relativ kurze, begrenzte Zeit im Rahmen des öffentlichen Gemeinwohls tätig waren und bei denen die Versorgung das rechte Maß überschritten ist.

Das kann so nicht länger hingenommen werden, denn es handelt sich um Steuergelder. Es geht um die Beseitigung ungerechtfertigter Privilegien.

Bürgermeister und Landräte haben nach jetziger Gesetzes- und Rechtslage bereits viel zu früh Anspruch auf ein zu hohes Ruhegehalt. Sie müssen sich keiner Wiederwahl stellen, um lebenslang versorgt zu werden. Sie müssen hierzulande nur eine Amtszeit abgeleistet haben und müssen für eine Versorgung kein bestimmtes Lebensalter erreicht haben, um mit Ablauf der Amtszeit altersunabhängig in den Ruhestand zu treten und Ruhegeld zu beziehen.

Auch ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, dass es solche großzügigen Regelungen dort nicht gibt. Zudem ist die Höhe des Ruhegeldes zu beanstanden. Sie beträgt bereits nach einer Amtszeit (acht bzw. fünf Jahre) mindestens 35% des Amtsgehaltes. Ein Durchschnittsverdiener in der gesetzlichen Rentenversicherung müsste zwischen 71 und 124 Jahre einzahlen, um auf eine Rente in dieser Größenordnung (zwischen 2.500 und 3.500 Euro) zu kommen.

Außerdem werden nach der jetzigen Gesetzeslage erzielte private Erwerbseinkommen völlig unzureichend auf das Ruhegehalt angerechnet. Dabei können Bürgermeister a.D. also Ruhegehalt und private Einkünfte parallel beziehen und dabei Gesamtbezüge erreichen, die über dem bezogenen Amtsgehalt liegen.

Für den Vorstand:

Wolfgang Welge, Bezirksvorsitzender

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Salzgitter

Antrag an die AG 60plus im Bezirk Braunschweig

Wohnen und Bewegen im Quartier

Eine altersgerechte Gestaltung/Ausgestaltung der Wohngebiete ist Voraussetzung für ein möglichst lebenslanges Wohnen in den Wohnquartieren. Dabei sind nicht nur die Anforderungen an die Bedürfnisse der älteren Generation und der von Menschen mit Behinderung zu beachten, sondern auch die von Kindern und Jugendlichen sowie von Müttern mit Kindern.

In einer exemplarischen Untersuchung in einem Wohnquartier in Salzgitter Lebenstedt hat die AG 60plus im Unterbezirk Salzgitter erhebliche Missstände festgestellt, angefangen von nicht abgesenkten Bordsteinen bei Straßenübergängen und von fehlenden taktilen Leitstreifen, fehlenden Parkmöglichkeiten, teils fehlender Kassler Borde bei Bushaltestellen bis hin zur mangelnden Nahversorgung, der ärztlichen Versorgung und der Erreichbarkeit von Apotheken.

Unser Ziel ist, dass

- bei den städtebaulichen Planungen und
- der Schaffung von Infrastrukturen in den Wohngebieten

darauf geachtet wird, dass diese den Bedürfnissen für jung und alt sowie für Menschen mit Behinderungen entsprechen.

Unser Ziel ist auch, dass im Bestand sukzessive Maßnahmen ergriffen werden, um die derzeitigen Missstände abzustellen.

Wir fordern

- den Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus daher auf, Leitlinien für eine altersgerechte Gestaltung/Ausgestaltung von Wohngebieten zu erarbeiten, die von den Kommunen und ihren Vertretungen abgerufen werden können.
- über den Bezirk Braunschweig, unsere kommunalpolitischen Vertreterinnen in Salzgitter dazu auf, sich für eine altersgerechte Gestaltung/Ausgestaltung der Wohnquartiere einzusetzen, sowohl was das Wohnen im Bestand angeht als auch bei der Ausweisung neuer Wohnquartiere.

Weiterleitung an: AG 60plus Bund

Anlage 3

zum Protokoll der Bezirks-Konferenz am 13. 06. 2017

AG 60 plus

im SPD-Unterbezirk Goslar

Initiativ-Antrag

Betr.: Bundestagswahl 2017.

Die AG60plus Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der SPD-Parteivorstand und der Bezirksvorstand Braunschweig werden aufgefordert, folgende Punkte für den Bundestagswahlkampf im Einzelnen umzusetzen

1. Ziele und Umsetzung des Bundestagswahlkampfes müssen prägnanter und überzeugender präsentiert und der Leitantrag insgesamt erheblich gestrafft, verständlicher formuliert und mit konkreten Beispielen ergänzt werden.
2. Wichtige gesellschaftliche Probleme wie Bildung, Sicherheit, Integration müssen prägnant beschrieben werden.
3. Lösungsvorschläge müssen dazu beitragen, die SPD von den Mitbewerbern stärker abzuheben.
4. Keine unerfüllbaren Versprechen wie die „bedarfsgerechte Anpassung“ des bis 2025 ohnehin gedeckelten Bundeszuschusses für den ÖPNV.
5. Ein differenziertes Bekenntnis zur Agenda 2010 und ihre positiven Auswirkungen auf die durch sie erstarbte Wirtschaft, damit die Union sie nicht länger für sich reklamieren kann.
6. Gleichzeitig aber auch die notwendige Nacharbeit der Agenda 2010 eingestehen und den von ihr ermöglichten Missbrauch durch die Arbeitgeber künftig durch entsprechende Änderungen verhindern.
7. Bildung und Sicherheit müssen endlich aus dem hinderlichen föderalen Chaos geholt werden, um sie wirksam verbessern zu können.
8. Die AG 60 plus muss bundesweit stärker aufgestellt und finanziell unterstützt werden, damit sie die Älteren als die größte Wählergruppe wirksamer mit den Zielen der SPD erreicht.
9. Der Wahlkampf und die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler darf nicht nur auf das Internet abgestellt sein. Gerade unserer Zielgruppe kann damit noch nicht professionell umgehen und lehnt eine Nutzung zu großen Teilen ab.

Begründung:

Die SPD-Mitglieder waren zwar alle sehr froh, dass unsere Partei nach der Wahl von Martin Schulz zum Vorsitzenden eine so viel stärkere Zustimmung erfahren hat. Doch mit jeder Landtagswahl

schrumpfte dieses Stimmungshoch und verwandelte sich mit NRW in ein Stimmungstief, dessen Boden noch nicht erreicht ist. Wir haben in der AG 60plus des Unterbezirks Goslar seit Wochen darüber diskutiert, warum wir Sozialdemokraten die mit Martin Schulz verbundenen Hoffnungen vieler Bürger nicht umgehend durch klare inhaltliche Aussagen gerechtfertigt haben. Wir waren uns dabei einig, dass nur eine ehrliche Beschreibung der zahlreichen gesellschaftlichen Probleme und überzeugende Lösungsvorschläge die SPD mit einem scharfen Profil gegen die anderen Parteien abgrenzen könnten. Doch der aktuelle Programmentwurf erfüllt diese Erwartungen in vielen Teilen noch nicht. Ihm fehlt stilistisch motivierendes Feuer, bietet viele nicht zu Ende gedachte Lösungsvorschläge oder bloße Beschreibungen: Insgesamt also wieder einmal viele Worte, aber zu wenig handfester Inhalt, mit dem wir die skeptische Wählerschaft wiedergewinnen könnten. Bei den die ältere Generation besonders betreffenden Sachgebieten finden wir immerhin die schon lange geforderte Bürgerversicherung, aber bei der Rente fängt schon wieder die Beschönigung an mit dem Hinweis auf die höchste Rentenerhöhung seit 23 Jahren in 2016. Als ob die Rentner nicht wüssten, dass es seit 1996 fünfmal überhaupt keine Erhöhung, siebenmal eine unter einem Prozent und fünfmal weniger als zwei Prozent gegeben hat. Im Mittel stiegen die Renten bis einschließlich 2015 um jährlich 0,94 Prozent, die Inflationsrate betrug im gleichen Zeitraum im Mittel um 1,24 Prozent jährlich.

Noch schlimmer kommt es bei dem gerade für die ältere Generation so wichtigen ÖPNV. Die SPD will die Bundeszuschüsse nach dem Bedarf anpassen, obwohl die Groko diese Zuschüsse von jährlich 332 Millionen bis 2025 gedeckelt hat. Laut VDV bräuchten die Kommunen aber mindestens vier Milliarden Euro mehr, um ihre Nahverkehrssysteme bedarfsgerecht ausbauen zu können.

Auch zum Thema Gerechtigkeit gibt es wenig Konkretes, nichts Grundsätzliches über die ungleichen Anteile von Arbeit und Kapital am erarbeiteten Volksvermögen und nichts über eine wirklich durchgreifende Steuerreform. Und auch über das föderale Zuständigkeitschaos, das unsere Bildungsmisere und die Sicherheitsprobleme mit verursacht, findet man nur unverbindliche Wünsche. Die rot-grüne Regierung in NRW hat aber gerade in Sachen Sicherheit und Bildung erleben müssen, dass man die eigenen Fehlleistungen nicht ungestraft schön reden kann. Ehrlicher und wirksamer wäre es auch, zu unserer Agenda 2010 mit ihren positiven Wirkungen auf die boomende Wirtschaft zu stehen. Denn wir dürfen nicht erlauben, dass die Union diesen von der Agenda ausgelösten Aufschwung für sich vereinnahmt. Wir müssen aber auch ihre handwerklichen Mängel eingestehen und deren fast ungebremsten Missbrauch durch die Arbeitgeber verurteilen. Leiharbeit, Zeitarbeit und Befristungen dürfen ausschließlich zur tatsächlichen flexiblen Kapazitätsauslastung zugelassen werden, aber nicht als flächendeckendes Lohnkostendumping zugunsten der unsere europäischen Partner belastenden Exportübermacht.

Die SPD sollte für die bevorstehende Wahl alle Kräfte mobilisieren. Die Freude über 17000 neue meist junge Mitglieder teilen wir, müssen aber auch darauf verweisen, dass die AG 60 plus mehr als zehnmal so viele Mitglieder repräsentiert. Das sind Genossinnen und Genossen, die zu Zeiten von Willy Brandt und Helmut Schmidt oft die Partei mitgeprägt haben. Dieses Potential an Erfahrung und latentem Engagement bleibt bislang in der internen und besonders in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung so gut wie wirkungslos. Eine Kommunikation zwischen der AG 60 plus und ihrer Zielgruppe, der zahlenmäßig wichtigsten Wählergruppe, findet kaum statt. Das muss sich schnell ändern, weil bei den letzten Landtagswahlen vor allem die älteren Wähler der SPD davongelaufen sind. Die Routine von Vorstandssitzungen und halbherzig inszenierten Aktionstagen der AG 60 plus reicht nicht aus, um die so wichtige Wählergruppe der über Sechzigjährigen für die SPD-Politik zu gewinnen. Weil der nächste Bundeskongress der AG bezeichnenderweise erst nach der Bundestagswahl stattfindet, sollte der Parteivorstand mit dem AG-Bundesvorstand nach geeigneten Initiativen für den Wahlkampf suchen.